

Benoît Vermander SJ

China und Taiwan

Appeasement-Politik und ihre Gefahren

Seit 1949, also seit nunmehr 60 Jahren bestehen „zwei Chinas“ nebeneinander: die Volksrepublik China mit der Hauptstadt Peking und die Republik China, die Taiwan und einige Nachbarinseln umfaßt. Das bedeutet nicht, daß China, wie man manchmal sagt, seit sechs Jahrzehnten „getrennt“ ist, denn Taiwan wurde 1895 mit dem Vertrag von Shimonoseki von China an Japan abgetreten und war erst einige Jahre zuvor zur selbständigen Provinz des chinesischen Kaiserreichs geworden.

Seit 1949 hat sich die jeweilige Situation von China und Taiwan tiefgreifend gewandelt¹. China stieg gleichsam von einem Pariastaat zu einer Supermacht auf, während Taiwan ein vorbildlicher Wirtschaftsaufschwung und eine ebenso beispielhafte Demokratisierung gelang. In kultureller Hinsicht hat die Insel ein reiches und bewegtes Erbe übernommen, das über das ausschließlich „chinesische“ Modell hinausgeht, welches ihr die Nationale Volkspartei (Kuomintang, KMT) nach ihrer Flucht vom Festland 1949 angeboten hat. Dabei hat Taiwan den Beitrag der melanesisch-polynesischen Ureinwohner und der seit 400 Jahren aus Fujian kommenden Siedler, die Errungenschaften der japanischen Kolonialzeit und die seit 60 Jahren wirksame ethnisch-kulturelle Vermischung mit ihren starken amerikanischen Einflüssen genutzt. Gleichzeitig mußte Taiwan durch den Aufstieg seines mächtigen Nachbarn, von dem sein weiteres Wirtschaftswachstum abhängt, in den letzten zehn Jahren eine Schwächung seines internationalen Status hinnehmen.

Diese kulturellen und politischen Veränderungen auf Taiwan waren durch die Wahl von Chen Shui-bian zum Präsidenten im März 2000 zu einem Abschluß gekommen. Die Demokratische Fortschrittspartei (DFP), der er angehört, verbündete sich damals durch ein identisches Programm mit der Opposition und strebte entschlossen die international anerkannte, formelle Unabhängigkeit der Insel an, ohne jedoch eine direkte Konfrontation mit übermächtigen chinesischen Nachbarn zu riskieren. Nach seiner knappen Wiederwahl 2004 nahm Chen Shui-bian ein bewegtes zweites Mandat wahr: Seine persönlichen Finanzskandale und die seiner Familie häuften sich, die Kluft zwischen den Einkommen verringerte sich zum Nachteil der Mittelschicht, und die zunehmende internationale Isolierung Taiwans aufgrund der überaus offensiven Außenpolitik des Präsidenten entmutigte selbst die Anhänger der Unabhängigkeit.

In diesem schwierigen Kontext wurde der Kandidat der Demokratischen Fortschrittspartei Frank Hsieh im März 2008 von Ma Yingjiu, dem Kandidaten einer

erneuerten Nationalen Volkspartei, besiegt, der mehr als 58 Prozent der Stimmen erhielt. Ma Yingjiu war sich wohl bewußt, daß er seine Wahl zu einem Gutteil einer schlechten Konjunktur verdankte: „It’s the economy, stupid!“ (auf die Wirtschaft kommt’s an), wie er einige Monate zuvor mit dem berühmten Satz von Bill Clinton sagte. Tatsächlich gaben die Inselbewohner dem Sohn eines Kuomintang-Generals zwar ein klares Mandat, doch erklärten sie auch zu 61 Prozent, daß sie sich ausschließlich als „Taiwanesen“ verstehen, und kaum mehr als ein Prozent bezeichneten sich als „Chinesen“, während die übrigen eine doppelte – taiwanesisch und chinesisch – Zugehörigkeit beanspruchten. Die wirtschaftliche Wiederbelebung, eine maßvolle Annäherung an China und ein größerer internationaler Handlungsspielraum – das war das politische Grundmuster mit dem sich Ma Yingjiu seine Wahl sicherte.

Ein Neubeginn

In diesem Kontext begegnete am 6. November 2008 Präsident Ma Yingjiu dem Verantwortlichen für Taiwan-Fragen der Volksrepublik China, Chen Yunlin, dem höchstrangigen chinesischen Funktionär, der sich seit 60 Jahren nach Taipeh gegeben hat². Dieser Besuch des Peking-Offiziellen wurde mit Vereinbarungen über den Flugverkehr, die Schifffahrtsverbindungen und den Postverkehr zwischen den beiden Küsten der Seestraße abgeschlossen, die einer Quasi-Normalisierung gleichkommen.

Seit der Wahl von Ma Yingjiu zum Präsidenten von Taiwan im März 2008 und seinem Amtsantritt im Mai haben sich die Beziehungen zwischen China und Taiwan in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit entwickelt. Waren während der Präsidentschaft von Chen Shui-bian (2000 bis 2008) die Beziehungen zwischen dem Festlandriesen und der kleinen Insel von gefährlichen Spannungen gekennzeichnet, so verlaufen nun die Gespräche in einer kooperativen Atmosphäre. Beide Seiten knüpfen damit an die Verhandlungen an, die 1993 in Singapur stattfanden³. Diese wurden damals infolge der Abkühlung der Beziehungen, die nach der ersten Direktwahl des Präsidenten in Taiwan 1996 einsetzte, kaum fortgesetzt⁴. Der Gipfel vom November 2008 ist also ein Neubeginn nach 15 Jahren.

Die Lage bleibt allerdings zwiespältig und bewegt, und man würde ihr nicht gerecht, sähe man nur den Kontrast zwischen einer Eiszeit und einer plötzlichen Wiedererwärmung der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen. Um zu verstehen, was in dieser Interaktion, deren Ergebnisse über die Zukunft der gesamten Region entscheiden, auf dem Spiel steht, sind drei Punkte zu prüfen: Was ist der genaue Inhalt der bereits getroffenen Vereinbarungen, und welche Ergebnisse sind von ihnen zu erwarten? Was sind die Themen und die Probleme, die nunmehr zur Diskussion stehen? Welche Gefahren könnten den in Gang gekommenen Prozeß beeinträchtigen?

Der Inhalt der Vereinbarungen

In den letzten drei Jahren der Präsidentschaft von Chen Shui-bian haben die Behörden auf dem Festland die Bildung von alternativen Foren unterstützt, die eine Stellvertreterfunktion für einen Dialog zwischen den Regierungen erfüllten. Die wichtige Rolle dieser Begegnungen auf Nichtregierungsebene verdeutlichte einerseits die Weigerung der Chinesen, der Regierung Chen volle Legitimität zuzuerkennen, und andererseits die rigide Haltung ebendieser Regierung Chen, die vor allem darauf bedacht war, vor aller Welt die taiwanesishe Souveränität zu bekräftigen, selbst um den Preis einer gefährlichen Konfrontation mit dem großen Nachbarn auf dem Festland. Diese informellen Gespräche wurden mit der Nationalen Volkspartei geführt, die damals in der Opposition war, wobei deren Führer in Peking wie Staatschefs empfangen wurden – außer Ma Yingjiu, der ab 2005 als mutmaßlicher Präsidentschaftskandidat der Nationalen Volkspartei galt und nicht nach Peking kam. Es gab auch Gespräche mit Berufsverbänden, vor allem mit denen der Fluggesellschaften. So konnte schrittweise ein System von Charterflügen aufgebaut werden, das den taiwanesischen Geschäftsleuten zum chinesischen Neuen Jahr und anderen Festen die Rückkehr ins Land durch Direktflüge erlaubte. Die Inselregierung genehmigte diese Abmachungen zuerst zögerlich, unterstützte sie dann aber, da sie damit Erleichterungen für ihre Geschäftsleute herstellen konnte, ohne ihre eigene Souveränität zu gefährden.

Auf der Grundlage dieser rechtlichen und praktischen Lösungen konnten ab Juli 2008 Direktflüge eingerichtet werden, die zuerst jedes Wochenende und dann, nach der ersten Runde der China-Taiwan-Gespräche in Peking im Juni 2008, auch täglich stattfanden⁵. Das Flugverkehrssystem, das sich nicht in die gewöhnlichen Reglementierungen einordnen läßt, hat sich also ausgeweitet und wurde so schließlich zur Norm⁶. Die ersten Gespräche zwischen der neuen taiwanesischen Regierung und den Festlandbehörden führten auch zu einer Teilliberalisierung des chinesischen Touristenverkehrs nach Taiwan – eine Vereinbarung, auf die die Taiwaner große Hoffnung setzten in der Erwartung, daß der Tourismusseggen die wirtschaftliche Situation verbessern würde, die seit Juni/Juli 2008 unsicher erscheint. In dieser Hinsicht ist die Enttäuschung bisher allerdings groß: Die Zahl der chinesischen Touristen, die von den organisierten Reisen profitieren, bleibt niedriger als erwartet. Die Liberalisierung des Luftverkehrs geht noch nicht mit einer starken Zunahme von Festlandtouristen einher, deren Reisen doppelt kontrolliert werden – von den eigenen Behörden und denen auf Taiwan. Im Jahr 2008 wurden von den mehr als fünf Millionen direkten oder indirekten Flügen zwischen der Insel und dem Festland 95 Prozent von Taiwanern gebucht.

Den ersten Vereinbarungen vom Juli folgte eine Phase intensiver Verhandlungen, die mit den Gesprächen und Abmachungen von Taipeh im November 2008 abgeschlossen wurden. Vier Dokumente wurden unterzeichnet: zur Einrichtung von

Frachtschiffverbindungen, zur Stärkung der direkten Flugverbindungen, zur Herstellung normaler Postverbindungen und zur Lebensmittelsicherheit.

Taiwan vermochte also ohne unmittelbare politische Implikationen einen Dialog mit China über praktische Fragen aufzunehmen und Vereinbarungen abzuschließen, die sich günstig auf seine Wirtschaft auswirken. China war bereit, sich auf diese Logik einzulassen, um ein Kapital an gutem Willen zu schaffen, wobei es darauf setzt, daß jede Vereinbarung, die die gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaften und Gesellschaften verstärkt, zur friedlichen Wiedervereinigung führt. Der Pragmatismus seines Vorgehens belegt den relativ gemäßigten Charakter der Mannschaft von Hu Jintao in der Taiwan-Frage⁷.

Fragen, die noch anstehen

Im November 2008 einigten sich die beiden Seiten auf halbjährliche Treffen. Die nächste Begegnung wird also im Juni 2009 in China (wahrscheinlich in Nanking) stattfinden, danach werden sich die Unterhändler im Oktober wieder in Taipeh treffen. Zuerst geht es darum, die Themen zu bestimmen, über die man reden will.

Für die taiwanesischen Seite gilt es inzwischen als ausgemacht, daß die Gespräche im Juni und November 2009 folgende Punkte behandeln sollen. Die Liberalisierung des Finanzverkehrs: Taiwan hofft, daß seine Banken die Erlaubnis erhalten, in China zu arbeiten, und erklärt sich bereit, chinesischen Investoren Zutritt zu seinem Territorium zu gewähren. Ein anderer Verhandlungspunkt ist der Rechtsschutz für taiwanesischen Investoren in China, wo sie oft Opfer von Gaunern und Erpressern werden. Taiwan beklagt sich auch, daß zahlreiche Mafiosi der Insel auf chinesischem Territorium Zuflucht finden und von dort aus telefonisch Menschen erpressen und anderweitig einschüchtern; darum bildet der Kampf gegen die Kriminalität einen dritten Punkt, zu dem die Insel eine formelle Vereinbarung erhofft. Schließlich finden sich auf der möglichen Agenda 2009 noch verschiedene Themen, die mit dem verbunden sind, was Taiwan gern die „diplomatische Waffenruhe“ nennt, und die hier eigens erläutert werden sollen.

Die „diplomatische Waffenruhe“ umfaßt zunächst einen informellen Aspekt: Es geht darum, ein Einfrieren bestimmter diplomatischer Bündnisse zu erreichen und auf die „Scheckbuchdiplomatie“ zu verzichten, mit der Peking die geringe Zahl von Ländern, die Taiwan, d.h. die „Republik China“, noch anerkennen, weiter vermindert hat. Taipeh hofft, daß es seine 23 Verbündeten halten kann und sieht ein positives Signal in der Tatsache, daß die neuen Regierungen in Nicaragua und Paraguay ihre Treue noch nicht aufgegeben haben⁸; dies soll ein Zeichen dafür sein, daß Peking bei den beiden Protagonisten auf seinen kostspieligen diplomatischen Stil zu verzichten gedenkt. Man möchte die Zusicherung, daß dies weiterhin so gehandhabt wird.

Ein zweiter Aspekt der „diplomatischen Waffenruhe“ hängt damit zusammen, daß Taiwan dieses Jahr Gastgeber zweier paraolympischer Veranstaltungen ist: der Weltspiele der nichtolympischen Sportarten (World Games) in Kaohsiung und der Olympischen Spiele für Gehörlose (DeafOlympics) in Taipeh. Beide Sportveranstaltungen werfen Probleme bezüglich des Gebrauchs bzw. Verbots von Nationalfahnen (schon bei der Fahne der Republik China in Taiwan) und andere sensible protokollarische Fragen auf. (Just vor den Olympischen Spielen in Peking hatten Taiwan und China verblissen über die offizielle Bezeichnung für die Insel verhandelt.) Alle diese Schwierigkeiten können ohne grundlegende Zugeständnisse bewältigt werden, wenn sich Peking flexibel zeigt.

Das letzte, aber bei weitem wichtigste Thema, das mit der „diplomatischen Waffenruhe“ zusammenhängt, betrifft die Haltung Chinas bei der Abstimmung der Weltgesundheitskonferenz im Mai 2009⁹. Taiwan beansprucht hier immer noch einen Beobachterstatus, ohne seine Aufnahme in die eigentliche Weltgesundheitsorganisation zu beantragen. Peking hat sich in dieser Frage flexibler gezeigt als in der Vergangenheit und nährt taiwanesischen Hoffnungen, breitet aber über seine Absichten noch den Schleier des Geheimnisses. Ließe Peking Taiwan zur Weltgesundheitskonferenz zu, so sähe Taiwan darin zweifellos eine bedeutsame Erweiterung seines internationalen Handlungsspielraums, was die strategischen Weichenstellungen der Regierung Ma beträchtlich festigen würde. Würde Peking aber, wie in den vergangenen Jahren, weiterhin sein Veto einlegen, so würde, umgekehrt, die konziliante Haltung der Mannschaft um Ma in Frage gestellt, und das mühsam errichtete Gebäude könnte davon erschüttert werden. Für die Nationale Volkspartei wie auch früher für die Demokratische Fortschrittspartei, die derzeit von Frau Tsai Ying-wen geführt wird, bleibt die Erweiterung des internationalen Spielraums eine Hauptsorge; da darf der Unterschied im Politikstil nicht über die Kontinuität der Ziele hinwegtäuschen.

Wenn einmal zu all diesen Punkten Vereinbarungen getroffen worden sind, was noch nicht ausgemacht ist, werden sich noch dornigere Fragen abzeichnen: Kann eine Friedensvereinbarung unterzeichnet werden, und wenn ja, auf welcher völkerrechtlichen Grundlage¹⁰? Würde diese einen Rückzug der 1300 chinesischen Raketen einschließen, die auf Taiwan gerichtet sind, und im Gegenzug von seiten der Taiwanesen ein formelles Engagement für die Vereinigung, wenn auch ohne feste Fristen? Könnten Taiwan und China in bestimmten Bereichen kooperieren, beispielsweise in Umweltfragen, was für Ma ein wichtiges Problem ist, aber keine Priorität hat¹¹? Würde sich die Waffenruhe zu formellen Abmachungen über den internationalen Status Taiwans ausweiten? Mit all diesen Fragen geht man äußerst vorsichtig um. Der Übergang von den „low politics“ (Sozial- und Wirtschaftspolitik) hin zu den „high politics“ (Außen- und Sicherheitspolitik) ist offensichtlich voller Fallstricke.

Darum sind die Risiken zu prüfen, die einen Prozeß belasten, den die Regierung Ma gern als überaus rational beschreibt. Vier Gefahrenquellen können ausgemacht

werden, die die erfolgreich begonnenen Verhandlungen in Frage stellen können: die öffentliche Meinung in Taiwan, die Rolle der Nationalen Volkspartei, die Entwicklungen in Peking und schließlich das „politische Defizit“ der Verhandlungen im Kontext der Weltwirtschaftskrise.

Die öffentliche Meinung in Taiwan

Das Ausmaß des Wahlsiegs von Ma Yingjiu sollte nicht zu Illusionen verleiten. Die öffentliche Meinung bejaht zwar weithin eine Liberalisierung des Austauschs zwischen Insel und Festland, ist aber weiterhin wenig zu grundlegenden Konzessionen bezüglich der Souveränität der Insel bereit. Der eingangs erwähnte Besuch Chen Yunlins zeigt die virulenten Widersprüche: Diese Begegnung zwischen Ma und Chen, dauerte nicht länger als sieben Minuten, und Chen Yunlin beschränkte sich auf einige einsilbige Äußerungen, um Ma Yingjiu ja nicht als „Präsident“ anreden zu müssen, denn offiziell ist Taiwan in den Augen Pekings immer noch eine rebellische Lokalregierung. Vor allem war der Zeitplan für die Begegnung plötzlich verschoben worden, und der Austausch zwischen den beiden fand fast heimlich statt. Nicht weit davon entfernt nahmen die Demonstrationen gegen den Besuch von Chen Yunlin an Heftigkeit zu, und die 7000 Polizisten, die aufgeboten wurden, hatten größte Mühe sie zu beherrschen.

Als Chen Yunlin am Montagmorgen, dem 3. November seinen Besuch begann, schienen die aktiven Gegner noch sehr in der Minderheit zu sein: Die Position der Anhänger eines prinzipiellen Isolationismus ist nicht leicht zu verteidigen, und die Konfrontationspolitik des früheren Präsidenten Chen Shui-bian hat die internationale Stellung Taiwans eindeutig geschwächt. Trotzdem erwies sich die Situation gespannter als vermutet: Die Polizei hielt die jungen, entschlossenen Demonstranten auf ungeschickte Weise in Schach oder mißhandelte sie sogar. Sie entriß ihnen tibetische Fahnen oder auch die Fahne der Republik China, d. h. Taiwans, um den Gast aus Peking nicht zu kränken, und nahm willkürliche Festnahmen vor. Vor Chen Yunlin erwähnte der Vorsitzende der Nationalen Volkspartei Wu Po-hsiung auch Ma Yingjiu, wobei er die Anrede „Herr“ und nicht „Präsident“ verwendete, und er schien so die Legitimität der Republik China zu verleugnen.

Die Regierung Ma läuft Gefahr, den Preis für diese zögerlichen Anfänge zahlen zu müssen: Möglicherweise empfinden viele Bürger die Annäherung an China als gleichbedeutend mit der Aushöhlung der öffentlichen Freiheiten. Dieses Gefühl erhält auch Nahrung durch die gleichzeitige Unterdrückung der Demonstrationen und die besondere Strenge der Staatsanwälte und Untersuchungsrichter gegenüber Persönlichkeiten der Opposition, die wegen Korruption angeklagt werden, allen voran der frühere Präsident Chen Shui-bian. Die Zunahme der präventiven Verhaftungen und die politische Kontrolle der Justiz werfen allmählich ernsthafte Fragen

auf, auch wenn sich die Behörden heftig gegen den Vorwurf wehren, auf die Rechtsprechung Einfluß zu nehmen.

Die Rolle der Nationalen Volkspartei

So entwickelt sich eine einstweilen noch diffuse Sorge: Kehrt die Nationale Volkspartei nicht zu ihren autoritären Gewohnheiten zurück? Werden die demokratischen Errungenschaften Taiwans durch die rasche Annäherung an China nicht bedroht, und hat man unter dem Vorwand, während eines strategisch wichtigen Besuchs die Sicherheit zu gewährleisten, nicht bereits die öffentlichen Freiheiten eingeschränkt? Diese Befürchtungen erfassen große Teile der Bevölkerung, besonders die Jüngeren, die im Anspruch auf ihre taiwanesischen Identität, verbunden mit ihrem Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, die Gelegenheit zu einer echten politischen Feuertaufe finden. Man darf nicht zu früh Alarm schlagen; die gegenwärtige Regierung hat ja noch nichts getan, was das demokratische Gleichgewicht gefährden würde. Aber weder ihre ungeschickte Handhabung der öffentlichen Gewalt noch ihre allzu offensichtliche Ehrerbietung gegenüber dem chinesischen Abgesandten sind ein gutes Vorzeichen.

Die chinesische Staatsmacht, die weiterhin nach den Strukturen einer Staatspartei organisiert ist, fühlt sich bei Verhandlungen, die in ähnlicher Struktur geführt werden, wohler und hofft, die Nationale Volkspartei werde ihr das notwendige Gegenstück liefern – darum der Vorrang der Repräsentanten der Partei vor den Regierungsbehörden. Viele Mitglieder der Nationalen Volkspartei machen das Spiel mit¹² und fördern dabei die Konkurrenz zwischen Ma Yingjiu und dem Apparat, der ihn an die Macht brachte. Würden die Verhandlungen mit Peking auch nur einer partiellen Rückkehr zu einer Staatspartei Vorschub leisten, so würden sie selbst von den Taiwanern, die grundsätzlich für eine Annäherung sind, abgelehnt.

Die Haltung Pekings

Peking hat freilich alle Karten in der Hand. Der Erfolg der Regierung Ma hängt ganz vom guten Willen der chinesischen Staatsmacht ab, zumal von der Erweiterung des internationalen Handlungsspielfelds der Insel, die sich zunächst in ihrer Zulassung zur Weltgesundheitskonferenz zeigen würde. Sollte sich Peking in diesem Punkt unflexibel zeigen und Taiwan im Mai die Zulassung nicht bekommen, so kann Ma seine Haltung verhärten. Doch könnte die Nationale Volkspartei, die dann von der Schwächung der Macht des Präsidenten profitieren würde, auch versuchen, die Bereitschaft zu grundlegenden Konzessionen zu beschleunigen. Sie würde dann vor allem versuchen, das Festlandministerium zu bekommen, bei dem Ma darauf bedacht war, eine Persön-

lichkeit außerhalb der Partei zu ernennen. Mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament könnte die Fraktion der Nationalen Volkspartei die Regierung dazu zwingen, rascher, als sie das wünscht, in politische Verhandlungen einzutreten.

Im übrigen drohen die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die sich abzeichnen, eine Legitimitätskrise der Kommunistischen Partei Chinas nach sich zu ziehen, und die gewaltsame Rückkehr einer „harten Fraktion“ ist möglich. Dann könnte sich der Druck auf Taiwan verstärken, denn die Wiedervereinigungsrhetorik bleibt ein Legitimationsfaktor der Führer und ein gutes Mittel, um von sozialen Spannungen abzulenken. Die Stellung von Ma bleibt nicht weniger prekär, zumal sich die Position Pekings zu ändern droht: Wird Ma im Jahr 2012 wiedergewählt, so ist er Präsident bis 2016; umgekehrt hat Hu Jintao seine zweite und letzte Amtszeit angetreten, die 2012 endet.

Daß China fähig ist, den vorgesehenen Kurs der Verhandlungen zu ändern, legte bereits eine Fernsehansprache von Hu Jintao nahe, die am 31. Dezember 2008 zum 30. Jahrestag eines Briefes von Deng Xiaoping „an die taiwanesischen Landsleute“ ausgestrahlt wurde, in der erstmals von einem „friedlichen Charakter“ der Wiedervereinigung die Rede war. Der Ton ist zwar konziliant, doch der direkte Appell an die Demokratische Fortschrittspartei, den Anspruch auf Unabhängigkeit aufzugeben, aber auch der suggerierte Hinweis, China könnte aufgrund von politischen Konzessionen Taiwans seine militärische Drohung reduzieren und den Umständen anpassen, zeigen, daß Peking die Initiative behalten möchte. Diese Äußerungen veranschaulichen auch die gewachsene Bedeutung der Taiwan-Frage in den Prioritäten der chinesischen Führer für das Jahr 2009.

Die Weltwirtschaftskrise und das politische Defizit

Bis jetzt haben die chinesische und die taiwanesishe Regierung einen sehr bürokratischen Weg der Annäherung gewählt und sich auf Wirtschaftsfragen konzentriert, bevor man auf Politik zu sprechen kam. Diese Strategie konnte als selbstverständlich erscheinen, doch berücksichtigt sie möglicherweise nicht, wie öffentliche Meinungen reagieren. Beide Regierungen haben keine wirklichen symbolischen Gesten gefunden, wie die Ankündigung einer ökologischen Kooperation eine hätte sein können: Taiwan und China sind Umweltverschmutzer großen Stils aber auch technologische und finanzielle Mächte geworden. Sie könnten im globalen Kampf gegen die Klimaerwärmung gut zusammenarbeiten, denn die Taiwan-Straße bietet sich als ideales Gebiet für Pilotprojekte zur Reduzierung der Umweltverschmutzung und zur Entwicklung alternativer Energien an. Wie symbolarm man vorgeht, zeigt sich in den zwei Pandabären, die Peking dem Zoo von Taipeh geschenkt hat. Dieses Geschenk erregte den Zorn der taiwanesischen Umweltschützer, die die Instrumentalisierung einer gefährdeten Tierart brandmarkten, die immer dann ausländischen Zoos angebo-

ten wird, wenn Peking die Bedeutung unterstreichen will, die es einem diplomatischen Ziel zuweist. Die bürokratische und hierarchische Struktur, die der Kommunistischen Partei Chinas wie auch der Nationalistischen Partei Taiwans gemeinsam ist, hat dazu geführt, daß sie ein Vorgehen „von oben“ bevorzugen.

Der Umweg über die Ökonomie, den man in Ermangelung eines substantielleren politischen und symbolischen Stils genommen hat, könnte sich als kontraproduktiv erweisen. Wenn sich die weltweite Krise ausweitet und die Annäherung der beiden Länder in Taiwan keine merkliche Wirkung entfaltet, ja sogar unpopuläre Folgen wie die mögliche Verteuerung des Immobilienmarkts zeitigt, kann die Enttäuschung feindliche Reaktionen auslösen. Auch könnten neue Rivalitäten entstehen, wenn die taiwanesischen Investoren in Länder abwandern, in denen die Arbeitskraft inzwischen weniger kostet als in China. Die Wirtschaft ist in Perioden starken Wachstums ein Annäherungsfaktor, kann aber in Zeiten struktureller Anpassung die Uneinigkeit verstärken.

Diese Überlegungen sollen die neuen Chancen, die sich zeigen, nicht herunterspielen. Im optimistischsten Szenario könnte die Logik der Appeasement-Politik die Wahrnehmung des Taiwan-Problems sowohl bei den chinesischen Führern als auch in ihrer öffentlichen Meinung sogar grundlegend verändern: Forscher auf dem Festland fragen neuerdings, ob es nicht möglich ist, anzuerkennen, daß die „Republik China“, die 1911 errichtet wurde, nach 1949 fortbestand, was Taiwan eine internationale Legitimität gäbe – eine Hypothese, die vor kurzem noch undenkbar war. Die Demonstrationen gegen den Besuch von Chen Yunlin hatten die paradoxe Wirkung, daß sie der chinesischen öffentlichen Meinung zeigten, daß der Anspruch auf eine taiwanesische Identität auch nach der Wahlniederlage von Chen Shui-bian sehr wohl weiterbesteht. Allgemeiner gesagt: Entspanntere und substantiellere Beziehungen zwischen den beiden Küsten der Taiwan-Straße könnten zur Aufhebung chinesischer Tabus bezüglich des Status und der Zukunft Taiwans beitragen¹³.

Das vorsichtige, schrittweise und konziliante Vorgehen der Regierung Ma Yingjiu trägt also Früchte und bricht mit dem abenteuerlichen Politikstil, der ihm vorausging. Nichtsdestoweniger hat es auch bedenkliche Grenzen, denn im Grund fehlt ihm eine echte politische Dimension, da es kein nationales Projekt für Taiwan und keine mobilisierende Vision entwirft. Es schafft für Taiwan keinen Platz auf der internationalen Bühne und erweckt den Eindruck, die Annäherung an China erfolge über ein gewisses Verstummen Taiwans im internationalen Kontext. Es vernachlässigt die Verwendung der starken taiwanesischen Trümpfe beim Aufbau eines Modells nachhaltiger Entwicklung in der chinesischen und asiatischen Welt. Die Annäherung zwischen Taiwan und China kann, nachdem sie durch eine überzogene Rhetorik blockiert wurde, nicht durch das andere Extrem, die Verleugnung der Bedeutung des Politischen und Symbolischen, zustandekommen. Ihr Fortbestand kann nur die Frucht der Zustimmung und des Erfindungsreichtums von Gesellschaften auf der Suche nach einem Traum und einem Projekt sein.

ANMERKUNGEN

¹ Zur Geschichte und Dynamik der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen vgl. J.-P. Cabestan u. B. Vermander, *La Chine en quête de ses frontières, la confrontation Chine-Taiwan* (Paris 2007).

² Allerdings ist Chen Yunlin weder Mitglied des Politbüros noch des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas.

³ Die Regierung Ma Yingjiu hat seit ihrem Antritt erklärt, daß sie die spitzfindige Formel übernimmt, die 1992 vor dem Gipfeltreffen von Singapur erarbeitet wurde, daß nämlich beide Seiten anerkennen, daß nur „ein China“ existiert, wobei sie allerdings diesen Begriff unterschiedlich interpretieren.

⁴ Zu Kontext und Bedeutung der Präsidentschaftswahl 1996 vgl. B. Vermander, *Démocratie en monde chinois*, in: *Études* 385 (1996) 437–447. Die chinesisch-taiwanesischen Beziehungen hatten sich im Sommer 1999 noch verschlechtert, als sie Präsident Lee Teng-hui als „spezielle Beziehungen von Staat zu Staat“ qualifizierte.

⁵ Diese „Chiang-Chen-Gespräche“ haben ihren Namen von den beiden Chefunterhändlern: Chiang Pin-kung, Vorsitzender der Stiftung für den Austausch über die Taiwan-Straße (SEF), für Taiwan und Chen Yunlin, Vorsitzender der Gesellschaft für Beziehungen über die Taiwan-Straße (ARATS), für China.

⁶ Auch wenn es sich um technische Vereinbarungen handelt, hat deren Inhalt stets eine politische Bedeutung. So hat die Nationale Volkspartei akzeptiert, daß die Direktflüge über die Meeresstraße die heimischen Flughäfen anfliegen dürfen, was Proteste von seiten der Opposition provoziert hat, die darin eine Beeinträchtigung des Prinzips der taiwanesischen Souveränität sieht.

⁷ Angesichts der kontraproduktiven Ergebnisse, die ihre aggressiven Initiativen, zumal in den Jahren 1996 und 2000, erbrachten, verstanden es die chinesischen Führer, ihren Stil zu ändern.

⁸ Während der achtjährigen Präsidentschaft von Chen haben neun Länder ihre diplomatische Anerkennung von Taiwan auf China übertragen.

⁹ Die Weltgesundheitskonferenz besteht aus Delegierten der Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation. Ihre hauptsächliche Aufgabe ist es, deren Programm und Budget zu genehmigen und die politische Ausrichtung der Organisation festzulegen.

¹⁰ Obwohl es viele rechtliche Hindernisse gibt, halten es Analysten für denkbar, daß Hu Jintao im Hinblick auf einen Friedensnobelpreis, den er mit Ma Yingjiu teilen würde, eine solche Vereinbarung vorbereitet und unterzeichnet.

¹¹ Vgl. das Gespräch von Ma Yingjiu mit den Teilnehmern der 25. Konferenz Taiwan-Europa am 4. 12. 2008.

¹² Die klientelartige Beziehung zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Nationalen Volkspartei hat das gemeinsame vierte Wirtschaftsforum beider Parteien in Schanghai im Dezember 2008 erneut veranschaulicht. Die Nationale Volkspartei hatte eine Delegation von 400 Personen, hauptsächlich Unternehmensleiter, zusammengestellt, um bei der chinesischen Regierung verschiedene Maßnahmen zur Neubelebung der Wirtschaft auf Taiwan zu erreichen. Damals erklärte der Vorsitzende der Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes Jia Qinglin: „China ist damit einverstanden, Taiwan wirtschaftlich zu unterstützen, wenn das Bedürfnis dafür spürbar wird“ (CNA, 22. 12. 2008).

¹³ Analysten auf dem Festland sagen im Hinblick auf die eröffneten Perspektiven, daß die Einstellung der chinesischen Führer und Experten in den letzten Monaten von der Priorität des „Krisenmanagements“ zu einer Priorität des „Chancenmanagements“ gewechselt habe.